

633. Sitzung des WDR-Rundfunkrats, 16. November 2021, Ergebnisse und Teilnehmer*innen

Öffentliche Sitzung

1. Bericht des Vorsitzenden

a) Medienpolitik und GVK

- Diskussionsentwurf für einen neuen **Medienänderungsstaatsvertrag**. Der endgültige Text liege noch nicht vor, der Start der öffentlichen Anhörung sei vonseiten der Rundfunkkommission allerdings für Freitag, den 19. November 2021 vorgesehen. Wie bereits in der zurückliegenden Sitzung besprochen, sollten sich die Gremien aktiv in die Diskussion einbringen. Die GVK plane eine gemeinsame Stellungnahme für die Gremien der ARD. Die Willensbildung des neuen Rundfunkrats hierzu müsse in der Sitzung am 17. Dezember 2021 stattfinden, damit das Ergebnis rechtzeitig an die GVK übermittelt werden könne. Die Anhörungsfrist betrage voraussichtlich acht Wochen.

Der Entwurf sehe dem Vernehmen nach zwei zentrale Änderungen vor, die große Auswirkungen für die Aufsichtsgremien hätten: eine Flexibilisierung des Programmauftrags sowie eine gewichtigere Rolle bei der Qualitätssicherung und -steuerung. Zu Letzterem seien die Gremien allerdings nicht ohne eine Vorleistung der Sender in der Lage.

- konstruktives **Treffen der GVK der Medienanstalten und der GVK der ARD** am 2. November 2021. Als Aufsichten habe man ähnliche Aufgaben, der kollegiale Austausch und die Kooperation seien sehr lohnenswert. Auf der Agenda hätten u.a. folgende Themen gestanden:
 - Transparenzanforderungen an Intermediäre
 - Notwendigkeit der Plattformregulierung und EU-weite Koordinierungsbemühungen
 - Medienbildung
- nächste **GVK-Sitzung der ARD** am 23./24. November in Köln. Auf der Agenda der Sitzungen stehe u.a. eine abschließende Befassung mit „ARD-Bericht und -Leitlinien“, wozu die GVK eine lange Liste von Ergänzungs- und Änderungswünschen eingereicht habe.

b) Eingabenbericht

Aktuell gebe es – erstmals seit den regelmäßigen Berichten in den Sitzungen – keine erwähnenswerten Zuschriften an den Rundfunkrat. Briefe und Mails an das Gremium bildeten nur einen kleinen Teil der Publikumsresonanz ab. Das meiste erhalte der Sender direkt. Darüber informiere der Intendant alle drei Monate im sogenannten Vierteljahresbericht. In dieser Sitzung liege der jüngste Bericht des Intendanten vor.

c) Geschäftsstelle des Rundfunkrats

d) Bericht aus dem EDA zum strategischen Ausblick des Direktors für Produktion und Technik

Vom Direktor für Produktion und Technik benannte strategische Ziele:

1. Die weitere Stärkung und Priorisierung der (IP-basierten) Internet-Programmverbreitung und des Streamings
2. Der Aufbau einer kreativen und agilen digitalen Produktentwicklung
3. Der Ausbau der digitalen Eigenproduktionsfähigkeit mit primärer Ausrichtung der Produktion auf moderne IP- und IT-basierte Prozesse und Technologien
4. Eine auf die Beherrschung neuer Technologien ausgerichtete Personalentwicklung in Produktion und Technik sowie die Förderung von flexiblen Strukturen und integrierten Prozessen im WDR

Der Vorsitzende des Ausschusses resümiert, dass das Gremium nicht nur einen Umbau, sondern regelrecht den Neubau des WDR zu begleiten habe. Dabei gehe es v.a. darum, die Transparenz zu wahren bei Planung, Umsetzung und in der alltäglichen Praxis, u.a. was die Kosten der Digitalisierung angehe. Er weist außerdem auf die derzeit verabredete Aufgabenteilung zwischen den drei Fachausschüssen hin: der Programmausschuss berate die inhaltlichen, der Haushalts- und Finanzausschuss die finanziellen und der Entwicklungsausschuss die strukturellen Aspekte.

Der WDR-Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

2. Bericht des Intendanten

Intendant Tom Buhrow trägt seinen Bericht vor.

Die Aussprache umfasst folgende Themen:

- **Tandemführung in der Programmgruppe Landesstudios**
Der Intendant zeigt die Chancen von neuen Führungsmodellen auf.
- **Aktuelles zum Filmhaus und zum Studio in Münster**
- **Kommunikation über die technische Erneuerung des Regionalstudios Essen**
- **Notwendiger Sendersuchlauf bei Satellitenempfang**
Der WDR hat einen neuen Transponder auf dem Satelliten angemietet, um künftig alle Lokalzeiten in HD übertragen zu können. Im Gegenzug werden alte Übertragungskapazitäten abgeschaltet und Kanäle verlagert. Deshalb ist Ende des Jahres ein neuer Sendersuchlauf auf den heimischen Fernsehern nötig.
- **Personalie Nemi El-Hassan**

Der WDR-Rundfunkrat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3. Vierteljahresbericht des WDR über Eingaben und Programmbeschwerden (Juli bis Sept.)

Der WDR-Rundfunkrat nimmt den Vierteljahresbericht zur Kenntnis.

4. Programmbeschwerden

a) + b) ‚Markt‘ vom 26. Mai 2021, Beitrag ‚China: Kalter Krieg im Containerhafen‘

Der WDR-Rundfunkrat beschließt, dass in der Anmoderation und dem Beitrag ‚China: Kalter Krieg im Containerhafen‘ in der Sendung ‚Markt‘ vom 26. Mai 2021 ein Verstoß gegen die Programmgrundsätze

- Achtung und Schutz der Menschenwürde (§ 5 Absatz 2 Satz 1 WDR-Gesetz)
- Stärkung der Achtung vor Leben, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit (§ 5 Absatz 2 Satz 2 WDR-Gesetz)
- Förderung der internationalen Verständigung, der europäischen Integration, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und eines diskriminierungsfreien Miteinanders, Verteidigung der demokratischen Freiheiten und Verpflichtung auf die Wahrheit (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz)

nicht vorliegt.

c) ‚Monitor‘ vom 17. Mai 2018, abrufbar in der ARD-Mediathek

Auf Nachfrage antwortet die Justiziarin, dass gemäß § 10 Abs. 2 WDR-Gesetz Programmbeschwerden hinsichtlich der linearen Programme nur innerhalb von drei Monaten nach Ausstrahlung erhoben werden könnten. Für online abrufbare Beiträge gelte die gleiche Frist nach Ende der Abrufbarkeit. Wollte man hieran etwas ändern, wäre eine Gesetzesänderung notwendig.

Der WDR-Rundfunkrat beschließt, dass in der Anmoderation von Georg Restle zum Beitrag ‚Eskalationsspirale Nahostkonflikt‘ in der Sendung ‚Monitor‘ vom 17. Mai 2018 ein Verstoß gegen die Programmgrundsätze

- Förderung der internationalen Verständigung, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und eines diskriminierungsfreien Miteinanders und Verteidigung der demokratischen Freiheiten (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz)
- Verpflichtung auf die Wahrheit unter Anwendung der journalistisch gebotenen Sorgfalt (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz, § 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz)

nicht vorliegt.

d) Gesprächs-Podcast ‚Rheinblick‘ auf WDR 5 vom 17. Dezember 2020

Der WDR-Rundfunkrat beschließt, dass in dem Podcast ‚Rheinblick – Bekenntnisschulen – von Evolution und Bibeltreue‘ vom 17. Dezember 2020 ein Verstoß gegen die Programmgrundsätze

- Stärkung der Achtung vor Glauben und Meinung anderer (§ 5 Absatz 2 Satz 2 WDR-Gesetz)
- Achtung der religiösen Überzeugungen der Bevölkerung (§ 5 Absatz 2 Satz 3 WDR-Gesetz)
- Journalistische Fairness (§ 5 Absatz 5 Satz 3 WDR-Gesetz)
- Verpflichtung auf die Wahrheit (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz)

nicht vorliegt.

5. Evaluierung der Programmschemareform von WDR 2 und WDR 5 sowie Stichtag

Am 3. November 2021 hat der Programmausschuss die Evaluierung durch das Haus beraten. Folgende Aspekte wurden thematisiert:

Lob

Das Gremium sehe angesichts der notwendigen Einsparungen die Programmschemareform insgesamt als gelungen an. Gefäße und Rubriken für die neuen Sendungen auf WDR 5 seien gut gewählt worden, dies zeigten auch die – wenn auch als vorläufig einzustufenden – Ergebnisse der Mediaanalyse, wonach die Hörerzahlen trotz der veränderten Informationsstrecken stabil geblieben seien. Positiv sei die Verstärkung der Auslandsberichterstattung mit dem neuen Auslandsmagazin am Sonntagabend zu werten. Ebenfalls zu begrüßen sei die finanzielle Unterstützung des ‚Zeitzeichens‘ im digitalen Bereich, damit das Format dort noch besser aufgefunden werde.

Kritikpunkte

Es gebe eine strukturelle Lücke in der tagesaktuellen Berichterstattung zwischen ‚Mittagsecho‘ und ‚Echo des Tages‘. Wichtig sei die Kommunikation gegenüber der Hörschaft, welche Welle - WDR 2 oder WDR 5 - die tagesaktuelle Information biete. Kritisch nachgefragt worden sei, warum die Verkürzung des ‚Mittagsechos‘ im Zuge der Reform um fünf Minuten täglich erst im Laufe des Reformprozesses aufgefallen sei.

Geschichtskompetenz erhalten

Die Fach- und Sachkompetenz des Hauses dürfe nicht verloren gehen.

Neuer ‚Stichtag‘ als ARD-Kooperation

Die Liste der neuen ‚Stichtag‘-Sendungen zeige große Vielfalt an Themen und den vom Gremium gewünschten NRW-Bezug: Knapp 10 Prozent der Sendungen hätten einen Bezug zum Land. Ein Mitglied habe darauf hingewiesen, dass sich der ‚Stichtag‘ nicht zu sehr auf die Darstellung der Chronologie beschränken dürfe, sondern der Blick von heute wichtig sei, um Einordnung und Perspektiven aufzuzeigen. Das Haus habe auf Nachfrage erklärt, dass die rückläufigen Zahlen bei den digitalen Abrufen des ‚Stichtags‘ auf wdr.de dadurch begründet seien, dass der neue ‚Stichtag‘ nur in der ARD Audiothek zur Verfügung stehe. Hier würden die Zahlen insgesamt steigen.

Kritik am Evaluations-Design

Der WDR-Rundfunkrat nimmt die Information zur Kenntnis.

6. Anpassung der Satzung über das Finanzwesen des Westdeutschen Rundfunks Köln

Der WDR-Rundfunkrat erlässt gemäß § 16 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 WDR-Gesetz die Satzung über das Finanzwesen des Westdeutschen Rundfunks Köln mit den aus der Tischvorlage ersichtlichen Änderungen.

7. Finanzangelegenheiten

a) Haushaltsplan 2022 und Mittelfristige Finanz- und Aufgabenplanung 2021–2025 des WDR

Aufgrund der Änderung der WDR-Finanzordnung ermöglicht der WDR-Rundfunkrat die erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit im Investitionsplan bereits für das Haushaltsjahr 2022. Dazu wird der Deckungsvermerk auf Seite 174 des Haushaltsplans 2022 wie folgt gefasst:

Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Die im Finanzplan, Einzelplan B – Mittelverwendung, veranschlagten Mittel für »Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen« sind gemäß § 22 Absatz 2 FinO-WDR gegenseitig deckungsfähig, soweit hierdurch die Summe der veranschlagten Gesamtausgaben nach § 12 nicht überschritten wird.

Im Übrigen stellt der WDR-Rundfunkrat auf Grundlage der positiven Voten des WDR-Verwaltungsrats und des Haushalts- und Finanzausschusses den so geänderten Haushaltsplan des WDR für 2022 fest und beschließt die Mittelfristige Finanz- und Aufgabenplanung des WDR für 2021–2025 ; dies beinhaltet die vom Verwaltungsrat angeregte und vom Haus bereits vorgenommene Änderung von Titel und Beschreibung des Investitionsprojekts „Regionalstudios“.

Der WDR-Rundfunkrat fasst diesen Beschluss.

b) Haushaltsplan 2022 und Mittelfristige Personal- und Finanzplanung 2021–2025 des Zentralen Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio

Auf Grundlage der positiven Voten des WDR-Verwaltungsrats und des Haushalts- und Finanzausschusses stellt der WDR-Rundfunkrat den Haushaltsplan 2022 des Zentralen Beitragsservice von ARD, ZDF und Deutschlandradio fest und beschließt dessen Mittelfristige Personal- und Finanzplanung 2021–2025.

c) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Ausgaben im ersten Halbjahr 2021

Der WDR-Rundfunkrat nimmt die Unterrichtung des Verwaltungsrats gemäß § 40 Abs. 2 WDR-Gesetz zu den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben im ersten Halbjahr 2021 zur Kenntnis.

Folgende Mitglieder bzw. Stellvertreter*innen (S) haben an der Sitzung teilgenommen:

Andreas Meyer-Lauber (Vorsitzender des 12. WDR-Rundfunkrats)

Dr. Dagmar Gaßdorf (stellv. Vorsitzende des 12. WDR-Rundfunkrats)

Rolf Zurbrüggen (stellv. Vorsitzender des 12. WDR-Rundfunkrats)

Jörg Bora, Prof. Jürgen Bremer, Andrea Büngeler, Volker W. Degener, Garrelt Duin, Hubertus Engemann, Birgit Ernst, Isabella Farkas, Richard Feider (S), Ralf Goebel, Friedhelm Güthoff, Dr. Antonius Hamers, Gabriele Hammelrath MdL, Gisela Hinnemann, Volkmarr Kah, Petra Kammerevert MdEP, Heinrich Kemper, Oliver Keymis MdL, Benjamin Kinkel, Juliane Knoke, Reinhard Knoll, Kirstin Korte, Heinz Kowalski, Dr. Robert Krieg, Adil Laraki, Ruth Lemmer, Ingrid Matthäus-Maier, Claudia Middendorf, Ralph Müller-Schallenberg, Thomas Nücker MdL, Jochen Ott MdL (S), Andreas Paul, Robert Punge, Ksenija Sakelšek (S), Nadja Schaller, Petra Luise Schmitz, Susanne Schneider MdL, Horst Schröder, Wolfgang Schuldzinski, Roland Staude, Herbert Strotebeck MdL, Heribert Stratmann, Dr. Martin Theisohn (S), Bernd Tiggemann, Dr. Constanze Tiwisina (S), Friederike van Duiven, Horst Vöge, Alexander Vogt MdL, Peter W. Wahl, Dr. Karl Peter Wiemer, Bernd Zimmer